



Interviews

Datum: 25. April 2023

Christian Dürr, FDP-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, im Gespräch mit Moritz Küpper

Küpper: Herr Dürr, macht es noch Sinn, mit der FDP etwas im Koalitionsausschuss zu vereinbaren?

Dürr: Im Koalitionsausschuss haben wir vor allen Dingen eines vereinbart, dass Technologieoffenheit da ist. Bei der Energiewende – ich will es ganz kurz einmal generell sagen – haben wir das Problem, dass wir aus ganz vielem ausgestiegen sind. Das haben wir schon beim Thema Strom gemerkt. Wir müssen wieder in Technologien einsteigen. Das gilt natürlich auch für die privaten Gebäude in Deutschland. Es muss mehrere Möglichkeiten geben, wie das heute auch der Fall ist. Aber heute sind es fossile Möglichkeiten; in Zukunft brauchen wir mehr erneuerbare Möglichkeiten. Das wird die bereits vielzitierte Wärmepumpe in einigen Haushalten sein, aber es werden auch beispielsweise Gasheizungen sein, die in Zukunft klimaneutralen Wasserstoff verbrennen können, und so weiter und so fort. Das ist das, was übrigens im Wortlaut im Koalitionsvertrag steht, und vor allen Dingen, was wir im Koalitionsausschuss in der letzten Sitzung beschlossenen haben. Es geht darum, dass wir das, was wir politisch vereinbart haben, auch tun.

Und ich will nur ganz kurz sagen: Das Gebäude-Energiegesetz hat ja bereits Änderungen erfahren. Im ursprünglichen Entwurf vor einigen Wochen von Robert Habeck gab es ja noch Überlegungen, dass bestehende Heizungen herausgenommen werden müssen und durch neue ersetzt werden. Das ist nicht der Fall. Jetzt geht es darum – und das ist auch rational richtig –, dass man Heizungen austauscht, die bereits kaputt sind, und nicht funktionierende Heizungen austauscht. Der erste Schritt ist da gemacht und jetzt geht um diese Technologieoffenheit, die wir auch im Straßenverkehr wollen, wenn Sie an die Debatte um Elektroautos, aber auch Verbrennerautos denken, die dann klimaneutral fahren können mit synthetischen Kraftstoffen. Das was wir da politisch vereinbart haben, das müssen wir jetzt gesetzestech-nisch umsetzen.

Küpper: Jetzt sind Sie schon voll eingestiegen in das Thema, aber ich will da noch mal bleiben.

Dürr: Gerne.

Küpper: Was haben denn Kevin Kühnert und auch die Grünen da nicht verstanden?

Dürr: Ich habe eben das Zitat von Kevin Kühnert gehört und das ist das, was wir im Koalitionsausschuss vereinbart haben. Richtig: Genau die Frage ist, steht es so im Gesetz drin. Und das ist ja nicht die Sorge der FDP als erstes gewesen, sondern tatsächlich der Verband der kommunalen Unternehmen in Deutschland beispielsweise. Das sind die Stadtwerke. Alle Stadtwerke in Deutschland haben gesagt: Vorsicht, liebe Koalition, passt auf, dass was ihr politisch vereinbart habt, dass beispielsweise Gasheizungen eingesetzt werden können – ich sagte es vorhin –, die auch Wasserstoff verbrennen können, man kann es auf weitere Technologien ausweiten, dass das, was ihr vereinbart habt, auch wirklich im Gesetz so abgebildet ist. Da haben wir noch erhebliche Zweifel und da haben wir gesagt, wenn die Stadtwerke das sagen, dann müssen wir aufpassen als Gesetzgeber, und der entscheidet letztendlich, nämlich der Deutsche Bundestag, dass unsere politische Vereinbarung auch juristisch umgesetzt ist, und das ist genau die Diskussion jetzt. Es ist für uns nichts Neues. Das berühmte strucksche Gesetz, das kennen Sie, nach Peter Struck benannt, dem verstorbenen SPD-Politiker, dass kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es reinkommt. Das ist in einem Rechtsstaat absolut normal, denn der Gesetzgeber ist der Deutsche Bundestag, und dafür sind wir als Abgeordnete verantwortlich.

Küpper: Genau, das ist klar, und am Ende entscheidet der Deutsche Bundestag. Das ist auch immer der Endpunkt. Aber der Weg dahin, der erscheint mir jetzt doch ein wenig ungewöhnlich. Wenn wir das noch mal ein bisschen rekapitulieren: Wir haben diese Debatte, die ist auch ein Stück weit Wasser auf die Mühlen der Opposition. Nichts desto trotz: Es gab Änderungen. Dann gab es einen Koalitionsausschuss, dann gab es einen Kabinettsbeschluss und dann wird eine Protokollnotiz hinzugefügt vom Bundesfinanzminister, von Ihrem Parteivorsitzenden Christian Lindner, und dann gibt es jetzt auch noch einen Parteitag der FDP, der dann auch wieder mehr oder weniger fast schon kontra zu diesem Gesetzentwurf geht. Das Ganze ist doch schon recht ungewöhnlich.

Dürr: Der Vorgang, den Sie jetzt beschreiben, dass beispielsweise einzelne Minister einer Koalitionspartei eine Protokollnotiz abgeben, ist nichts Neues. Das hat beispielsweise Frau Baerbock als Bundesaußenministerin bei den letzten Haushaltsberatungen auch getan, wo sie gesagt hat, in meinem Haushalt ist es noch nicht so, wie es aus meiner Sicht sein muss, und ich bitte den Deutschen Bundestag, das zu ändern. Insofern kein neuer Vorgang. Damals waren es Die Grünen, jetzt ist es die FDP, und das gehört zu einer ehrlichen ...

Küpper: Ist das ein Ampel-Phänomen?

Dürr: Bitte?

Küpper: Ist das ein Ampel-Phänomen?

Dürr: Nein, das gehört zu einer ehrlichen Koalition dazu. Wir sind drei unterschiedliche Partner. Aber wenn Sie in die Vergangenheit schauen und ich habe vorhin auf das Thema Autos mich bezogen: Wir haben ja sehr oft gezeigt, wir waren unterschiedlicher Auffassung, ob das, was wir eigentlich politisch wollen, wirklich schon rechtstechnisch umgesetzt ist, und dann haben wir uns zusammengefunden. Jeder jeweilige Partner hat gesagt, an der Stelle ist es aus meiner Sicht noch nicht richtig, wir müssen reden miteinander, und das haben wir getan. Das ist Demokratie.

Dass man, wenn man nicht eine Partei ist, unterschiedlicher Auffassung ist, aber dann am Ende zu einem Ergebnis kommt, das ist eigentlich der zentrale Unterschied zwischen dieser Koalition und der Vorgängerregierung, der Großen Koalition. Erinnern Sie sich daran, dass es mit Frau Merkel stundenlange Nachtsitzungen gab, und dabei ist nichts rausgekommen.

Ja, wir brauchen auch ein bisschen, um uns zu vereinbaren, aber am Ende haben wir große Entscheidungen getroffen, als letztes das große Modernisierungspaket für Deutschland, Stichwort Planungsbeschleunigung für Autobahnen, aber auch für Stromtrassen und für die Schiene. Das sind ja wirklich große Entscheidungen, die wir treffen müssen, weil dieses Land hat ein Problem, weil es Reformen nicht gemacht hat.

Das betrifft übrigens auch das Gebäude-Energiegesetz. Das will ich ehrlicherweise sagen. Richtig und gut wäre gewesen, wenn bereits die Große Koalition das Gesetz geändert hätte und beispielsweise Technologieoffenheit und den Umstieg auf Erneuerbare beschlossen hätte. Das haben sie aber nicht getan. Jetzt ist es unser Job, das zu tun, und der Umstieg auf Erneuerbare heißt, hier und da die Wärmepumpe – ich will es ganz kurz technisch sagen -, beispielsweise für neuere Gebäude, wo Fußbodenheizungen sind und das Gebäude bereits vorbereitet ist, und an anderer Stelle heißt es eine andere Technologie. Genau an dem Punkt sind wir und der Hinweis noch mal, ich betone es, kommt ja nicht nur von der FDP, sondern beispielsweise von den Stadtwerken in Deutschland, und das sind die Profis.

Küpper: Aber was soll denn jetzt geschehen? Bleibt zum Beispiel der Zeitplan gleich, oder haben Sie da auch noch neue Ideen?

Dürr: Mein Ziel ist es, im Zeitplan es zu schaffen, aber wichtiger ist, dass es am Ende klappt. Es ist ja niemandem geholfen, wenn wir am Ende ein Gesetz beschließen, wo am 1. Januar die Stadtwerke sagen, wir können es nicht umsetzen. Dann hätten wir zwar einen Zeitplan eingehalten, aber die Menschen verunsichert, und das darf nicht sein.

Küpper: Woran kann es denn noch scheitern, wenn Sie das jetzt sagen? Was klappt denn nicht?

Dürr: Es geht nicht ums Scheitern, sondern um die Frage, ob das, was wir im Rechtstext im Gebäude-Energiegesetz am Ende vereinbaren, ob beispielsweise die Stadtwerke sagen, ja-wohl, das können wir umsetzen. Euer Ziel, dass verschiedene Technologien zum Einsatz kommen, können wir das umsetzen? Und wenn am Ende Stadtwerke beispielsweise sagen, jawohl, das können wir, und die Versorger sagen, ja, so können wir die Haushalte in Deutschland auch zukünftig sicher mit der Energie versorgen, die zu ihrer jeweiligen Heizform passt, dann können wir sehr gerne im Zeitplan bleiben. Aber es wäre – ich glaube, das versteht doch auch jeder Zuhörer – niemandem geholfen, wenn zum 1. Januar ein Gebäude-Energiegesetz gilt, wo die Versorger sagen, es ist nicht umsetzbar. Die FDP ist damit nicht allein, sondern die Menschen – das haben wir gemerkt in den letzten Wochen – waren da verunsichert. Das hat mir auch nicht gefallen, das will ich offen sagen, Herr Küpper. Aber gleichzeitig will ich ein Gesetz am Ende haben, was wirklich umsetzbar ist, und dafür ist der Gesetzgeber zuständig.

Küpper: Das stimmt. – Ich will aber noch mal verstehen, was sich dann wirklich ändern muss. Welche Punkte sollen rein oder raus?

Dürr: Es geht nicht so sehr um rein oder raus, sondern um die Frage, dass was ich vorhin bereits erwähnte, ist wirklich Technologieoffenheit im Gesetz hinterlegt. Das heißt, wenn ich beispielsweise eine Wohnung habe, wo eine Versorgung nicht mit Strom, um zu heizen, sondern beispielsweise mit Brennstoff existiert – ich sage das aber bewusst: klimaneutraler Brennstoff in Zukunft -, zurzeit noch einige Jahre beispielsweise Erdgas, weil wir haben ja zurzeit Erdgas in den Netzen, da ist ja noch kein Wasserstoff drin, aber es gibt Heizungen am Markt, die Wasserstoff zukünftig verbrennen können. Ich bin Ökonom und kein Physiker und kein Chemiker, aber stellen Sie sich es in etwa so vor, wie damals Menschen sich Fernseher gekauft haben, die HD ready waren, in Zukunft eine andere Qualität an Programmen nutzen konnten. So würde man ab dem 1. Januar, wenn wir es bis dahin auf die Rechtschiene gebracht haben, Heizungen bei sich einbauen können, die zurzeit zwar noch Erdgas verbrennen, aber wenn das Netz umgestellt wird – es ist ja unser Ziel, die Erdgasnetze auch

weiter zu nutzen eben für Wasserstoff – dann wenn umgestellt ist, eben Wasserstoff einzusetzen. Und je früher desto besser tatsächlich, denn je früher Menschen solche Heizungen einbauen – und diese H2 Ready, Wasserstoff-vorbereiteten Heizungen, die sind unwesentlich teurer als eine Gasheizung – wenn Menschen sich das einbauen, sind sie vorbereitet auf die Energiewende.

Küpper: Aber, Herr Dürr, locken Sie damit die Leute vielleicht nicht in eine Falle, wenn es dann nicht so kommt? Klar scheint auf jeden Fall, das Gas wird teurer werden.

Dürr: Genau so ist es. Deswegen ist ja, wie ich vorhin bereits sagte, es notwendig, das Gebäude-Energiegesetz zu ändern. Es nicht zu ändern, wäre ein absoluter Fehler, aber wir können es ja nicht so ändern, dass Menschen auf einmal in einer Situation sind, wo sie nicht nur die Heizung bezahlen, sondern einige vielleicht über 100.000 Euro für den Umbau ihres Hauses. Das wäre eine unwirtschaftliche Umstellung. Es muss vernünftig sein auf der einen Seite und gleichzeitig in Zukunft klimaneutral sein.

Ja, die Wärmepumpe – ich sage es noch mal technisch – wird da eine Rolle spielen, aber nicht die einzige Rolle. Wie in anderen Ländern auch wird es verschiedene Technologien geben. Es gibt beispielsweise auch Fernwärmenetze insbesondere in den Städten, die dann mit klimaneutralen Gasen, Biomethan und Ähnliches, genutzt werden können. Da geht es wirklich darum, breiteste Anwendungen hinzubekommen, denn wir wollen diesen Umstieg. Wir wollen sukzessive klimaneutral werden. Aber es muss so funktionieren, dass es rational und wirtschaftlich ist. Kurzum: Der Klimaschutz, der gewollt ist, der muss zu den Menschen und zum Gebäude passen.

Küpper: Dann machen Sie das Ganze wie beispielsweise auch beim Atomausstieg, treffen eine Entscheidung und sagen dann im Nachgang, das war falsch?

Dürr: Beim Atomausstieg will ich nur ganz kurz sagen: Die Entscheidung haben ja Vorgängerregierungen getroffen, zum 31. 12. Die Kernkraftwerke abzuschalten. Ich erinnere mich noch an Worte von Markus Söder, der sagte, wenn sie länger laufen würde er zurücktreten. Auf diesen Rücktritt warte ich – entschuldigen Sie den Scherz – bis heute. Da waren wir als FDP immer sehr klar und haben gesagt, wir können uns das auch länger vorstellen, was wir entschieden haben, in einer Notsituation sie länger laufen zu lassen.

Küpper: Sie hätten sie auch noch länger laufen lassen können als Bundesregierung.

Dürr: Aber das Beispiel, Herr Küpper, ist deshalb sehr gut, weil es demonstriert, wo die Probleme der Energiewende in Deutschland sind. Wir steigen aus ganz vielen Technologien aus und bieten den Menschen wenige Technologien zur Nutzung an. Was wir machen müssen ist mehr Technologien anbieten, die aber klimaneutral sind.

Küpper: Das klingt jetzt so, als seien Sie gar nicht als FDP in der Regierung.

Dürr: Selbstverständlich! Vorgängerregierungen haben sehr viel falsch gemacht. Deutschland verfehlt seine Klimaziele.

Küpper: Sie könnten es jetzt richtigmachen.

Dürr: Aber genau darum geht es ja. Deutschland verfehlt seine Klimaschutzziele, weil es aus Technologien aussteigt ohne einzusteigen. Bei der Energieversorgung – ich habe es vorhin in Bezug auf den Mobilitätssektor gesagt –, ja, das Elektroauto wird eine Rolle spielen, aber auch der klimaneutrale Verbrenner wird eine Rolle spielen, und im Heizungsbereich gilt das gleiche. Die Wärmepumpe wird eine Rolle spielen, aber auch die klimaneutrale Gasheizung wird eine Rolle spielen. Es gibt nicht die eine Lösung. Wer glaubt, die eine Technologie, vom Staat planwirtschaftlich vorgegeben, das lässt uns die Klimaschutzziele erreichen, da ist der Beweis bereits angetreten in Deutschland, dass das in der Vergangenheit nicht geklappt hat. Deswegen ist uns diese Technologieoffenheit als Freie Demokraten so wichtig.

Küpper: Herr Dürr, ganz schnell noch ein Wort. Bis wann muss das Ganze kommen?

Dürr: Das Ziel ist ja ein in Kraft treten zum 1. Januar. Das hieße, dass wir in den kommenden Monaten schnell verhandeln, damit wir in Richtung der parlamentarischen Sommerpause da noch eine Befassung im Deutschen Bundesrat haben. Aber noch mal: Es bringt nichts, einen Zeitplan einzuhalten und dann ein Gesetz zu haben, was nicht umsetzbar ist, sondern es geht darum, den Zeitplan einzuhalten und ein gutes Gesetz zu haben, was umsetzbar ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

